

18. Oktober 1987: Wahltag-Zahltag : grüne Politik ist Trumpf

Autor(en): **Plomb, Georges**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **14 (1987)**

Heft 2

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-910453>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

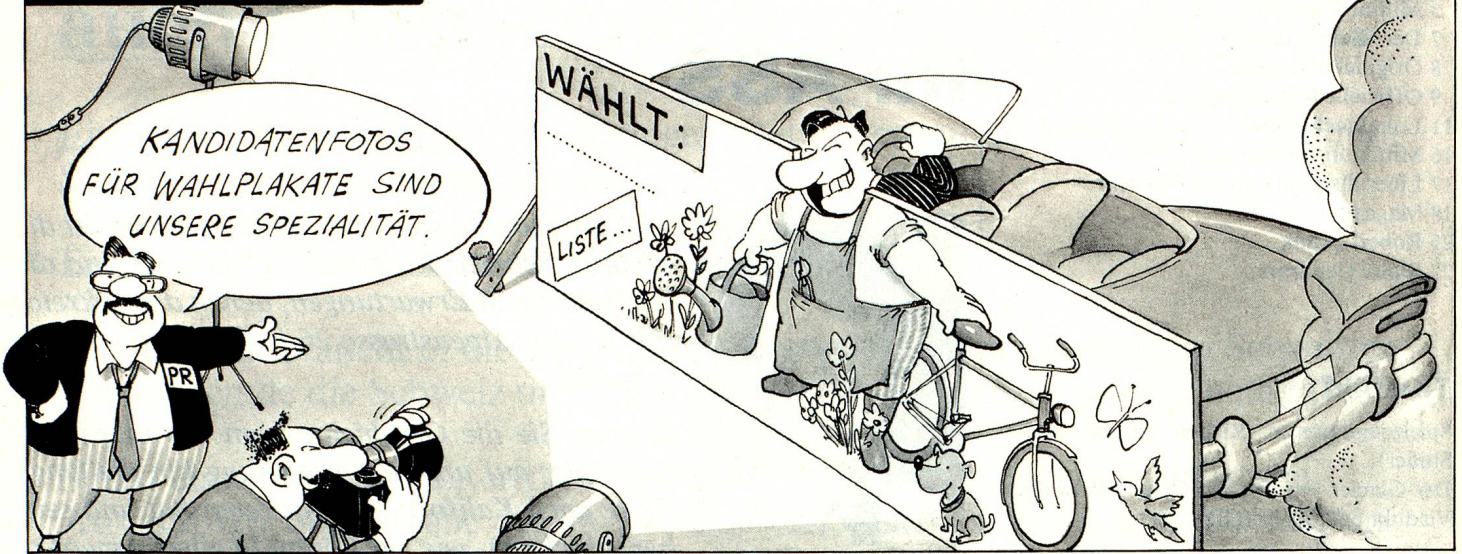
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

WAHLEN '87

ANDREAS
COCHER © 87

18. Oktober 1987: Wahltag – Zahltag

Grüne Politik ist Trumpf

Umwelt, Asyl, Frauen. Das sind die drei Hauptthemen der eidgenössischen Wahlen vom kommenden 18. Oktober. So ganz gewiss ist dies allerdings nicht, denn bis zum Herbst findet vielleicht noch ganz anderer politischer Zündstoff den Weg in die Schlagzeilen. Es steht viel auf dem Spiel: Sämtliche 200 Nationalratssitze und der Grossteil der 46 Ständeratssitze sind neu zu besetzen.

Wer wird gewinnen? Sicher ist, dass die vier grossen Parteien, die SP, der Freisinn, die CVP und die SVP, einen schweren Stand haben werden. Kleinere Gruppierungen werden versuchen, ein bisschen von ihrer Macht für sich zu gewinnen. Die Grünen, der Landesring und nationalistisch Gesinnte jeder Prägung hegen enorme Ambitionen. Falsche Hoffnungen sind jedoch verfehlt. Bei den eidgenössischen Wahlen ergeben sich selten spektakuläre Stimmen- und Sitzverschiebungen. Das Proporzsystem des Nationalrats erschwert Erdrutsche, und das fast überall geltende Majorzsystem des Ständerats lässt Erdrutsche nicht zu.

Umweltschutz – Thema Nummer eins

Der Umweltschutz beherrscht die politische Landschaft bereits vollkommen. In der deutschen Schweiz, wo dem Waldsterben besondere Beachtung geschenkt wird, befasst man sich intensiv mit ökologischen Fragen. Doch auch die welsche Schweiz und das Tessin sind von der grünen Welle nicht verschont geblieben: Aus den Kantonen

Waadt und Genf kommen zwei der engagiertesten Umweltschutzparteien – an ihrer Spitze stehen Daniel Brélaz und Laurent Rebeaud.

Abgesehen von wenigen Ausnahmen werden von nun an sämtliche Parteien für den Umweltschutz eintreten. Sogar die traditionellen bürgerlichen Parteien wie der Freisinn, die Christlichdemokraten und die Schweizerische Volkspartei bemühen sich heute um ökologische Anliegen. Nicht, dass diese alteingesessenen Gruppierungen den Umweltschutz früher ausser Acht gelassen hätten – er war für sie jedoch nur ein Thema unter anderen.

Sogar die kleine Liberal-demokratische Partei, die insbesondere in Basel und in der welschen Schweiz vertreten ist, hat einen Kongress allein der Ökologie gewidmet. Diese Partei wird jedoch ihre beiden Umweltschutzexperten verlieren, da der Neuenburger Jean-François Aubert und die Genferin Monique Bauer nicht mehr kandidieren. Es ist nicht sicher, ob ihre Nachfolger vom selben Gedankengut durchdrungen sind.

Etwas weiter links sind die Parteien ökologisch erheblich stärker engagiert. Schon bei den Sozialdemokraten ist der Umweltschutz das zentrale Thema, doch sind es ohne Zweifel der Landesring der Unabhängigen (der Migros nahestehend) und die Progressiven Organisationen der Schweiz (in der Nähe der äussersten Linken anzusiedeln), die am energischsten in diese Richtung gegangen sind.

Dasselbe lässt sich von den nationalistischen Gruppierungen aller Schattierungen sagen. Seit ihrer Entstehung kümmert sich die Nationale Aktion hauptsächlich um den Umweltschutz, soweit ihr der Kampf gegen die Überfremdung dazu Zeit liess. Ihr Gründer, der Berner Valentin Oehen, hat sich im übrigen von der NA getrennt und hat eine neue Partei, die Oekologische Freiheitliche Partei der Schweiz ins Leben gerufen, welche der Oekologie den Vorrang gibt.

Auf jeden Fall werden die Grünen mit Brélaz und Rebeaud am 18. Oktober gegen eine starke Konkurrenz anzukämpfen haben.



Haben sich die Fremdenhasser verrechnet? Und die Flüchtlingsfrage? Und die ausländische Bevölkerung? Auch hier könnten die auf diese Thematik spezialisierten Parteien, die Vigilants und die Nationale Aktion zualtererst, am 18. Oktober eine böse Überraschung erleben, machen sich doch die traditionellen bürgerlichen Parteien, die im eidgenössischen Parlament wie in der Landesregierung die Mehrheit haben, einen Spass daraus, ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Heute wird das Asylgesetz erheblich restriktiver angewendet als früher, und die Zahl der Gesuche, denen entsprochen wurde, ist stark zurückgegangen. Mit ihrer gegenwärtigen Asylpolitik unterscheidet sich die Schweiz im übrigen kaum mehr von den meisten andern Ländern Europas.

Kurzum: Es ist nicht sicher, dass die nationalistischen Gruppierungen am 18. Oktober den von ihren Anhängern erhofften Durchbruch schaffen werden, doch wenn sie Glück haben, gelingt es ihnen zumindest, ihre Stellung im Parlament zu konsolidieren.

Kommen die Frauen vermehrt zum Zuge?

Last but not least: die Frauen. Bei den kommenden eidgenössischen Wahlen stellen sie die grösste Unbekannte dar. Vor vier Jahren haben sie – zum ersten Mal seit Einführung des Frauenstimmrechtes auf Bundesebene im Jahre 1971 – kein Terrain hinzugewonnen. Am Vorabend der Neuwahlen sind 24 von 246 Parlamentariern aus 6 Parteien Frauen, also gerade 10 Prozent.

Die anderen Parteien der beiden Kammern weisen in ihren Reihen keine Frauen auf. Alle bemühen sich jedoch stark darum, frauenfreundlich zu erscheinen. Die Schweizerische Volkspartei, angespornt von ihrem

Präsidenten, dem Berner Adolf Ogi, strengt sich besonders an, ihr betont männliches Image zu korrigieren.

Die Freisinnigen, denen zuweilen der gleiche unruhliche Ruf vorausgeht, haben mit Hilfe der Linken die Wahl der ersten Bundesrätin der Geschichte, der Zürcherin Elisabeth Kopp, durchgesetzt. Um ihnen nicht nachzustehen, erkor die CVP mit der St. Gallerin Eva Segmüller die erste Frau zur Parteipräsidentin.

Innerhalb der Linken und der Oppositionsparteien finden die Frauen mehr Gehör. Doch sind zum Beispiel die Sozialdemokraten entschlossen, noch einen Schritt weiter zu gehen: Mindestens ein Drittel der Listenplätze soll den Frauen vorbehalten sein. Die POCH setzen die entsprechende Grenze sogar noch höher.

Wird es mit der Vertretung der Frauen in den obersten politischen Gremien wieder aufwärtsgehen? Warten wir es ab.

Georges Plomb

Zusammensetzung von Parlament und Bundesrat vor den Wahlen.

	Bundesrat	Nationalrat	Ständerat	Vereinigte Kammern
Freisinnig-demokratische Partei (FDP)	2	54	14	68
Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)	2	42	18	60
Sozialdemokratische Partei (SP)	2	47	6	53
Schweizerische Volkspartei (SVP)	1	23	5	28
Liberal-demokratische Partei (LPS)		8	3	11
Landesring der Unabhängigen (LdU)		10		10
Evangelische Volkspartei (EVP)		3		3
Progressive Organisationen (POCH)		3		3
Partei der Arbeit (PdA)		1		1
Partito socialista autonomo (PSA)		1		1
Nationale Aktion für Volk und Heimat (NA)		3		3
Vigilants		1		1
Oekologische Freiheitliche Partei der Schweiz		1		1
Umweltschützer		3		3
Total	7	200	46	246

Militärdienstverweigerung

Zivildienst bald auch in der Schweiz?

In der Schweiz ist es trotz vielen Bemühungen bisher nicht gelungen, für die Dienstverweigerer eine befriedigende Regelung zu finden. In diesem Jahr soll nun aber dem Parlament ein neuer Vorschlag vorgelegt werden, der bessere Erfolgchancen zu haben scheint als frühere Initiativen.

Die Schweiz mit ihrem Milizheer erwartet von ihren Bürgern, dass sie Militärdienst leisten. Wer ohne triftigen Grund den Dienst verweigert, wird bestraft und zwar in der Regel mit sechs Monaten Haft. Nun gibt es aber, neben etlichen Drückebergern, auch Menschen, die aus echter Gewissensnot den Dienst verweigern. Die Bestrafung

solcher Menschen erscheint heute nicht wenigen Bürgern ungerecht.

Europarat fordert Zivildienst

Das Problem stellt sich übrigens nicht nur in der Schweiz, sondern in allen demokratischen Staaten. Eine Anzahl westlich-demokratischer Länder haben denn auch ge-

Vormarsch der «Grünen» in Zürich und Genf

Die Wahlen zum Zürcher Kantonsparlament haben den «Grünen» am 5. April einen Erdrutschsieg gebracht. Die Oekologen gewannen 18 Sitze dazu und sind nun mit 22 Mandaten die viertstärkste Fraktion im 180 Mitglieder zählenden Kantonsrat. Gewinne erzielte auch die Nationale Aktion, die sich von 2 auf 6 Sitze verbesserte. Die Verluste gingen vor allem auf das Konto der bürgerlichen Parteien CVP, FDP, SVP und EVP.

Wahlerfolg der Grünen auch eine Woche später bei den Genfer Gemeindevahlen: Auf Anhieb errangen sie 11 der 80 Sitze im Stadtparlament und wurden damit zur drittstärksten Fraktion.